

Pressemitteilung

EU-Vision für die Landwirtschaft: Bürokratie-Abbau und Stärkung der Marktposition als Prioritäten

Waldenberger: EU-Kommission muss jetzt liefern

Die Europäische Kommission hat am 19. Februar ihre Vision für die europäische Landwirtschaft vorgestellt, die als Leitlinie für die Ausrichtung der europäischen Agrar- und Lebensmittelpolitik in den nächsten fünf Jahren und darüber hinaus dienen soll. Sie umfasst ein Bündel von Strategien und Maßnahmen, um den Sektor wettbewerbsfähig und widerstandsfähig zu machen, den Landwirten faire Arbeits- und Einkommensbedingungen zu ermöglichen und den Umwelt- und Ressourcenschutz weiter voranzutreiben.

„Für die heimische Land- und Forstwirtschaft ist vor allem ein massiver Bürokratieabbau notwendig, bevor überhaupt an neue Regelungen gedacht werden kann. Viele EU-Vorgaben haben sich in den letzten Jahren als wahre Bürokratiemonster entpuppt und bei den Land- und Forstwirten oft nur Kopfschütteln ausgelöst. Frustration und Verunsicherung angesichts drohender Nutzungseinschränkungen und zermürender Zettelwirtschaft müssen ein Ende haben. Wir sehen vor allem die Sicherung unserer Lebensmittelversorgung im Feinkostladen Europa, eine nachhaltige Ressourcennutzung und den Erhalt unserer Natur- und Kulturlandschaft als unseren Arbeitsauftrag und wollen damit ein angemessenes Einkommen erzielen. Der neue Agrarkommissar Christophe Hansen scheint Verständnis für die Praxis zu haben und ist nun gefordert, nicht nur positive Visionen für die Landwirtschaft zu entwickeln, sondern auch rasch spürbare Verbesserungen auf den Boden zu bringen“, fordert Landwirtschaftskammer-Präsident Franz Waldenberger vehement.

Strengere Standards für importierte Produkte

Der Kommissionsentwurf für den EU-Agrar- und Lebensmittelsektor schlägt eine härtere Gangart im Lebensmittelhandel vor und verspricht strengere Pestizid- und Tierschutzstandards für Drittländer.

Noch in diesem Jahr will die EU-Exekutive einen ehrgeizigen Plan zur Angleichung der Produktionsstandards für importierte Produkte vorlegen, insbesondere in Bezug auf Pestizide und Tierschutz. Die Kommission verspricht, dafür zu sorgen, dass die gefährlichsten Pestizide, die in der EU verboten sind, nicht über Importe wieder zugelassen werden. Sie verspricht auch zu verhindern, dass verbotene Substanzen in der EU für den Export in andere Länder hergestellt werden. Der Plan schlägt auch eine spezielle Task Force" vor, um die Importkontrollen durch verstärkte Inspektionen zu verschärfen - eine Maßnahme, die das Europäische Parlament seit langem fordert.

„Die Stärkung der Gegenseitigkeit der Standards bei Importen aus Drittländern ist unbedingt notwendig, um die Wettbewerbsfähigkeit unserer Produkte und Lebensmittel nicht durch die Hintertür zu untergraben“, betont Präsident Waldenberger. „Aber auch innerhalb der EU sind wir gefordert, für gleiche Rahmenbedingungen zu sorgen, etwa im Bereich der Zulassung von Pflanzenschutzmitteln. Hier gibt es noch viel zu tun“.

Tierhaltung als Schlüsselsektor

Auch im Bereich des Tierschutzes sieht die Vision vor, dass importierte Produkte den EU-Tierhaltungsstandards entsprechen. „Eine gezielte Überprüfung der Tierschutzvorschriften wird die Gelegenheit bieten, diese in einer WTO-konformen Weise anzuwenden“, heißt es in dem Text. Das Visionspapier schlägt außerdem vor, die verpflichtende Herkunftskennzeichnung auf weitere Agrar- und Fischereiprodukte auszudehnen.

Der Tierhaltungssektor wird in dem Papier als wesentlicher Teil der EU-Landwirtschaft anerkannt, der hohe Standards aufrechterhalte, aber vom Markt nicht immer belohnt werde. Die Kommission wird eine „Arbeitsgruppe Tierhaltung“ einrichten, die sich mit der Klimabilanz des Sektors befassen und gleichzeitig seine Rolle beim Umweltschutz hervorheben soll. Erfreulicherweise wird in dem Dokument nicht, wie im Strategischen Dialog gefordert, pflanzlichen Proteinen Vorrang vor tierischen Proteinen eingeräumt, sondern werden Pläne zum Aufbau eines "autarkeren und nachhaltigeren Eiweißsystems in der EU" vorgestellt.

Marktposition der Landwirte stärken

Im Hinblick auf die Verhandlungsmacht der Landwirte in der Lebensmittelversorgungskette verspricht der Fahrplan, keine Praktiken zu tolerieren, bei denen Landwirte systematisch gezwungen werden, unter ihren Kosten zu verkaufen“.

Die Kommission sagte, sie werde die Richtlinie über unlautere Handelspraktiken (UTP) überarbeiten, um dieses Problem anzugehen, ein Schritt, der nach der Bewertung der Vorschriften im November dieses Jahres erfolgen soll.

Auf der Angebotsseite werden neue Rechtsvorschriften für das öffentliche Beschaffungswesen darauf abzielen, Anreize für den Verbrauch „lokaler und saisonaler

Produkte“ und von Lebensmitteln zu schaffen, die nach hohen Umweltstandards, z.B. biologisch, erzeugt wurden.

GAP: schlanker, einfacher

Im Rahmen der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) werden die Direktzahlungen unter verstärkter Anwendung von Maßnahmen wie Degression und Kappung fortgeführt. Außerdem sollen alle landwirtschaftlichen Betriebe für Ökosystemleistungen honoriert werden.

Die nächste GAP soll schlanker gestaltet werden, um insbesondere kleine und mittlere Landwirte ohne zu viel Bürokratie zu unterstützen. Die Vision sieht vor, dass den Landwirten mehr Flexibilität eingeräumt wird. „Ziel muss es sein, dass unsere Bäuerinnen und Bauern ihre landwirtschaftlichen Praktiken besser an ihren Betrieb und ihr Umfeld anpassen können und das derzeitige System der Konditionalität vereinfacht wird. Es klingt vielversprechend, wenn der neue Agrarkommissar Christophe Hansen die zukünftige GAP von Auflagen auf Anreize umstellen will. Wir werden seine Versprechungen an ihrer tatsächlichen Umsetzbarkeit und Wirksamkeit messen“, zeigt sich Präsident Waldenberger vorsichtig optimistisch.

„Nachhaltigkeitskompass“ für Benchmarking

Im Einklang mit den Vorschlägen des Strategischen Dialogs über Lebensmittel wird sich die Kommission auch für ein „freiwilliges Benchmarking-System für die Bewertung der Nachhaltigkeit landwirtschaftlicher Betriebe“ einsetzen, bei dem Vereinfachung und Benchmarking Hand in Hand gehen sollen. Dazu gehört ein so genannter „Nachhaltigkeitskompass“, der als zentrale Anlaufstelle dienen soll, um den Verwaltungsaufwand für Landwirte zu verringern und ihnen die Möglichkeit zu geben, Nachhaltigkeitsdaten nur einmal zu überwachen und zu erfassen. Dies kann zur Bewertung ihrer Nachhaltigkeitsleistung und zum Nachweis der Bereitstellung von Ökosystemdienstleistungen genutzt werden.

EU-Kommission muss jetzt liefern

„Diese Ankündigungen zum Nachhaltigkeitsmonitoring sind noch zu vage, um sie wirklich fundiert beurteilen zu können. Ich gebe aber zu bedenken, dass wir nicht mehr, sondern weniger Aufzeichnungspflichten und Zahlen brauchen, um die Landwirte zu kontrollieren. Freiwilligkeit statt Zwang ist ein guter Grundsatz. Wenn es um die Bewertung von Ökosystemleistungen und Nachhaltigkeit geht, ist unsere Landwirtschaft Vorreiter und unsere Spitzenleistungen im Rahmen des ÖPUL zeigen, dass die Bäuerinnen und Bauern Umwelt- und Ressourcenschutz ernst nehmen. Ich plädiere dafür, endlich auch andere Wirtschaftssektoren in die Pflicht zu nehmen und die produzierende Landwirtschaft von ihren regulatorischen Fesseln zu befreien. Statt neuer Zahlen und Kontrollinstanzen brauchen wir Planungssicherheit, eine starke Marktposition mit fairen Preisen und Anreize statt Verbote. Die EU-Kommission muss jetzt liefern“, fordert LK-Präsident Waldenberger.



Bildtext: Die EU-Kommission hat eine brauchbare Diskussionsgrundlage auf den Tisch gelegt. Diesen Plänen müssen nun rasch spürbare Vereinfachungen und konkrete Umsetzungsschritte folgen.

Bildnachweis: Landwirtschaftskammer OÖ, Abdruck honorarfrei

Kontakt: MMag. Andrea Steinmetz,
Tel +43 50 6902-1491, medien@lk-ooe.at